



Sanierung der Pensionskassen

Sanierungen der Pensionskassen gehen zu Lasten der ArbeitnehmerInnen!

VPOD – Jahresrückblick 2017: Der VPOD ist eine starke Stimme! (S.2)

Das St.Galler Volk sagt Ja zur Einmaleinlage (S.3)

Die Doppelmoral des St.Galler Kantonsrats (S.4)

Es drohen Spitalschliessungen! (S.6)

Enough! Für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung (S.7)

Kundgebung für Lohngleichheit:

Am 22. September 2018 in Bern

Kostenlose Extrazüge ab St.Gallen



Susanne Koster,
Präsidentin des VPOD-Region Ostschweiz

Der VPOD war eine starke Stimme im vergangenen Jahr!

Sanierungen der Pensionskassen gehen zu Lasten der ArbeitnehmerInnen!

Wie jedes Jahr möchte ich einen, wenn auch nicht vollständigen Blick auf das vergangene Gewerkschaftsjahr werfen.

Ein Dauerbrenner in allen Kantonen liegt bei der beruflichen Vorsorge. Überall wird an den Pensionskassen herumgewerkelt. Die Last der Sanierung wird weitgehend den ArbeitnehmerInnen aufgeladen. Sie sind es, die für die Fehlentscheide ihrer gewählten Parlamente büssen. So geschehen im Kanton St.Gallen. Nachdem die Angestellten des Kantons die letzten drei Jahre mit einem Lohnprozent 75 Mio. zur Sanierung beigetragen haben, lässt eine weitere Tranche wohl nicht auf sich warten. Statt der ursprünglich versprochenen 202 Mio. Franken will der Kantonsrat nun lediglich 128 Mio. Franken für die Altlasten freigeben. Hätte das Staatspersonal am 20. April 2017 nicht demonstriert, wäre der ursprünglich versprochene Beitrag für die Einmaleinlage wohl ganz unter den Teppich gekehrt worden. Zur Volksabstimmung kam es am 10. Juni 2018. In jedem Fall wird das Staatspersonal noch ein weiteres Mal indirekt zur Kasse gebeten.

Ähnlich geht es auch im Kanton Thurgau. Der Umwandlungssatz wird gesenkt, vorerst von 5,79 auf 5,2%, was einer Rentenreduktion von 10% entspricht. Dass dazu flankierende Massnahmen gesprochen werden müssen, um die Verluste etwas

abzufedern, wird zwar begrüsst. Wie diese finanziert werden sollen, weiss man noch nicht. Im Kanton Thurgau steht auch ein weiteres Sparpaket mit dem kreativen Namen «Haushaltsgleichgewicht 2020» an. Gemäss Regierungsrat sollen rund 20 Mio. jährlich eingespart werden. Der Kantonsrat hat im Dezember das Massnahmenpaket beraten und einzelne Korrekturen vorgenommen unter anderem soll der Beitrag an die überbetrieblichen Kurse nicht gekürzt werden.

Im Gesundheitssektor tut sich einiges. Wir haben es immer wieder mit neuen Baustellen zu tun. Mitarbeitende der von der Schliessung bedrohten Klinik Aadorf hatten sich an den VPOD gewandt. Sie haben ihm das Mandat zur Aufnahme von Gesprächen und Verhandlungen erteilt, um die Interessen der Belegschaft gegenüber der Geschäftsleitung zu vertreten. Im Rahmen von bedrohten Schliessungen oder Restrukturierungen gehen die Bedürfnisse und Nöte des Betroffenen Personals immer öfter vergessen. Mittlerweile hat sich glücklicherweise ein neuer Investor gefunden. Die 120 Arbeitsplätze sind nicht mehr unmittelbar bedroht. Weitere Gespräche mit der neuen Führung sind geplant. Auch in Heiden ist die Schliessung des Spitals bzw. der Chirurgie mittlerweile etwas in den Hintergrund gerückt. Die Probleme sind aber noch nicht behoben. Die Konkurrenz durch privatrechtlich geführte Spitäler mit Investoren aus aller Herren Länder im Hintergrund, welche dank der tiefen Hypothekarzinsen auf Teufel komm

raus Neubauten ins Land stellen, um so Patienten und Ärzte in ihre modern ausgestattete Infrastruktur zu locken, nimmt zu. Wer nicht mit modernsten Zimmern und Wellnessoasen aufwarten kann, dem laufen Patienten und Ärzte ins nächste neu erstellte Spital davon. Arbeitnehmerrechte werden hingegen unterminiert. Schliesslich geht es darum möglichst hohe Renditen für die Aktionäre zu erzielen. Bleiben dabei die Behandlungsqualität und die Gesundheit der Mitarbeitenden auf der Strecke. Na ja, da wartet man halt, bis sich jemand zur Wehr setzt.

Im Verlaufe dieses Jahres wird das neue Lohnsystem für die kantonalen Angestellten des Kanton St.Gallen eingeführt. Es enthält viel Spielraum für willkürliche Verschlechterungen. Trotz massiver Kritik seitens der Personalverbändekonferenz und des VPOD hielt die Regierung an ihrem Vorschlag fest und nahm nur kleine Korrekturen an der Vorlage vor. So sei beispielsweise erwähnt, dass der maximale Lohnanstieg bei guter Leistung unerklärlicherweise auf 90% des Lohnbandes limitiert wird. Einen Stufenanstieg gibt es nicht mehr, was bedeutet, dass das Parlament noch mehr Einfluss auf die Lohnentwicklung hat. Ausserdem wird die Erfahrung eines Mitarbeitenden des Kantons nicht mehr berücksichtigt. Lohndiskriminierungen sind somit nicht auszuschliessen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es Klagen gegen den Kanton geben wird. Wir dürfen gespannt sein, wie das System umgesetzt wird. Da kommt voraussichtlich noch Arbeit auf uns zu.

Das St.Galler Volk sagt JA zur Einmaleinlage

Am 11. Januar wurde der neue Gesamtarbeitsvertrag <Heimstätten Wil> in einem feierlichen Rahmen von den Vertreterinnen der Heimstätten Wil und dem VPOD unterzeichnet. Anfang 2015 wurde diese Institution in eine Stiftung überführt. Das Personal war somit nicht mehr öffentlich-rechtlich angestellt. Auf Antrag der Personalkommission beauftragten die Mitarbeitenden der Heimstätten den VPOD Verhandlungen für einen GAV mit der Stiftungsleitung aufzunehmen. Dank dem GAV konnte der VPOD einige Verbesserungen für das Personal aushandeln. Dazu zählen beispielsweise ein verbesserter Kündigungsschutz für über 50jährige, zwei zusätzliche Ferientage für alle Mitarbeitenden sowie ein Vaterchaftsurlaub von 20 Tagen.

Ein weiteres Augenmerk wird der VPOD auf die IT-Bildungsoffensive werfen. Innerhalb von 8 Jahren sollen 75 Mio. Franken in den Bildungsbereich Informatik auf der Drehscheibe zwischen Bildung und Wirtschaft investiert werden. Der VPOD setzt sich dafür ein, dass die geplante Stelle der Programmleitung zwingend intern beim Kanton angesiedelt wird. Damit könnten dereinst alle Bildungsbereiche von diesem Sonderkredit langfristig profitieren.

Erfolg für den VPOD und die Personalverbände. Deutliche Zustimmung zur Einmaleinlage in die St.Galler Pensionskasse. Mit 60 Prozent JA Stimmen wurde der Vorlage zugestimmt.

Nach zwei Jahren Kampf für die Einmaleinlage in die St.Galler Pensionskasse, können der VPOD und die Personalverbändekonferenz aufatmen. Deutlich, mit 60 Prozent Ja-Stimmen, haben die Stimmberechtigten des Kantons St.Gallen die Einmaleinlage angenommen. Der VPOD und die Verbände interpretieren die deutliche Zustimmung als Vertrauensbeweis an die Adresse der vielen tausend Mitarbeitenden im Gesundheitswesen, in den Schulen, der Polizei, der Verwaltung und allen weiteren Sektoren. Sie alle setzen sich für einen hohen Standard des Service Public ein und sind froh, dass nach zähem Ringen nun ein Beitrag zugunsten der Pensionskasse beschlossen wurde. Der Entscheidung korrigiert leider nur zu einem Teil die durch den Kantonsrat verursachten Versäumnisse bei der Vonselbständigung der Kasse. Die Mitarbeitenden des Kantons werden weiterhin Sanierungsbeiträge zahlen müssen, unabhängig von der nun erfolgten Zustimmung. Umso wichtiger ist der Vertrauensbeweis der Bevölkerung. Der VPOD erwartet, dass die Regierung und der Kantonsrat ihre Haltung gegenüber dem Personal angesichts dieses Abstimmungsergebnisses überdenken und verändern. Im Herbst

werden die Weichen für die Lohnrunde 2019 gestellt. Das Personal erwartet nach den Null-Runden der letzten Jahre ein deutliches Zeichen. Kantonsrat und Regierung sind nun am Zug.



Die Abstimmungsvorlage der Personalverbände und vom VPOD zur Einmal-Einlage in die Pensionskasse vom 10. Juni 2018 konnte überzeugen.

Die Doppelmoral des St. Galler Kantonsrats

Sparübungen für das Personal – Selbstbedienungsmentalität in den Leitungsgremien!

Die Debatte zur Rechnung 2017 in der Juni-Session des St. Galler Kantonsrats offenbarte wieder einmal einiges über die in der rechts-bürgerlich dominierten Politik herrschende Einstellung zum staatseigenen Personal und zu einer angemessenen Personalpolitik. Kaum hatte die Debatte begonnen, wurde bereits auf die Personalverbände geschossen: Die Vertreterinnen und Vertreter des Personals würden regelmässig schwarzmalen. Wir würden den Rat zu Unrecht kritisieren und ihm den schwarzen Peter zuschieben.

Betrachtet man die personalpolitische Entwicklung der letzten Jahre, dann bleibt jedoch nur eines festzuhalten: Es gibt für das Personal auch wirklich allen Grund zum Schwarzmalen! Eine miserable Lohnentwicklung, Kürzungen bei der Pensionskasse, das neue Lohnsystem (NeLo) mit allen seinen Implikationen für die Angestellten und – als wäre das nicht genug – auch noch einen generellen Personalstopp – wenn das nicht ausreichend Anlass für Gewerkschaften und Personalverbände ist, sich gegen die Finanzpolitik des Kantons zur Wehr zu setzen, was dann? SVP, FDP und CVP zeigen sich wenig einsichtig, dass dem Personal bereits genug zugemutet wurde. Das verheisst nichts Gutes für die kommenden Jahre. Es zeigt aber vor allem auch, dass wir nicht aufhören dürfen, für eine anständige und gerechte Personalpolitik beim Staatspersonal einzustehen.



Anlass zum Zähneknirschen gibt bei Betrachtung der Staatsrechnung zudem eine eklatante Doppelmoral. Die Entschädigungen für die Leitungsorgane der selbständig-öffentlich rechtlichen Anstalten (z.B. also die Entschädigungen für den Verwaltungsrat der Spitalverbände oder den Unirat der HSG) sind seit der Einführung des neuen „Public Corporate-Governance“-Regimes im Jahr 2016 deutlich angestiegen. Die Leitungsgremien kassieren neu fast doppelt so viel wie bis anhin. Grosszügige Spesenabrechnungen und Sitzungsgelder der Chefetagen dieser Institutionen, welche die Staatsrechnung zunehmend belasten, scheinen die Bürgerlichen nicht zu stören. Die „luxuriösen Arbeitsbedingungen“ der Pflegeassistenten, Polizistinnen und Lehrerschaft hingegen schon. Wir bleiben dran!

von Monika Simmler



Es drohen Spitalschliessungen

VPOD und Sozialpartner fordern Offenlegung des Sozialplans für Wohn- und Pflegezentrum

Der Spitalverbund Appenzell AR hat auf Ende 2018 den Leistungsauftrag für das Wohn- und Pflegezentrum, WPZ des Psychiatrischen Zentrums Appenzell AR, PZA zurückgegeben. Neu übernimmt das Betreuungszentrum Heiden den Leistungsauftrag des Kantons für die psychogeriatrische Pflege. Von der Schliessung des WPZ sind nicht nur die Bewohner/innen betroffen, sondern auch die über 40 Mitarbeitenden. Im WPZ arbeiten fast ausschliesslich Frauen. Viele arbeiten zehn Jahre und mehr im WPZ. Es sind vorwiegend ältere Mitarbeitende von denen viele keine Grundausbildung haben. Das ist eine schwierige Ausgangssituation. Gemäss Art. 53 des Personalreglements für den Spitalverbund AR muss ein Sozialplan mit den Sozialpartnern ausgehandelt werden, wenn innerhalb von 60 Tagen zehn Personen aus dem gleichen Grund gekündigt wird.

Die Sozialpartner (VPOD, VSAO, SBK) haben mit der Geschäftsleitung des Spitalverbundes, Paola Giuliani, CEO und Caroline Ritter, Leiterin HR einen Sozialplan auf der Basis des Sozialplans für das Spital Heiden ausgehandelt. Für die Vertretung der Arbeitnehmenden waren die älteren, langjährigen Mitarbeitenden, zum Teil ohne Grundausbildung, ein wichtiges Anliegen. Sie sollten durch die Schliessung des WPZ nicht unter die Räder geraten. Tatsache ist, dass Frauen und Männer über 50 Jahren ohne Ausbildung es besonders schwer auf dem Arbeits-

markt haben. Die Wahrscheinlichkeit, keine neue Stelle zu finden, ist sehr gross. Im Gesundheitsbereich ist ausgebildetes Fachpersonal gefragt und dieses wird auch kein Problem haben, eine neue Stelle zu finden. Der Sozialplan sieht deshalb besondere Massnahmen für ältere Mitarbeitende vor, z.B. Umschulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Leistungen für Mitarbeitende über 60 Jahre bilden Ausgleichszahlungen maximal 18 Monaten lang bis zur Erreichung des AHV-Rentenalters. Während dieser Zeit können sie in der Pensionskasse AR verbleiben.

Der Sozialplan sieht für alle eine Entschädigungszahlung vor, die Alter und Dienstjahre berücksichtigt.

Die Sozialpartner haben vereinbart, dass der Sozialplan vom Spitalverbund veröffentlicht wird. Leider ist dies bis heute nicht der Fall, obwohl der Regierungsrat den Sozialplan in der Zwischenzeit zur Kenntnis genommen hat, was die Bedingung für die Veröffentlichung ist. Den betroffenen Mitarbeitenden wird die Einsicht in den Sozialplan weiterhin verweigert. Für uns ist das unverständlich. Der Sozialplan Heiden, der lange auf der Webseite des Spitalverbundes einsehbar war, wurde inzwischen vom Netz genommen. Wir fordern Transparenz, d.h. die sofortige Veröffentlichung des Sozialplans! Es gibt keine sachlichen Gründe, dieser Forderung nicht nachzukommen.

Für Fragen stehen wir unseren Mitgliedern jederzeit zur Verfügung.

Der VPOD ist über den Vorschlag des Verwaltungsrates der Spitalverbände des Kantons St.Gallen entsetzt.

Es kann nicht sein, dass die Stimmberechtigten des Kantons St.Gallen fast eine Milliarde Franken für die Erneuerung der Spitäler an den bisherigen Standorten bewilligen und dass jetzt – nur gut drei Jahre später – der Verwaltungsrat der Spitalverbände ein Konzept vorlegt, das die Schliessung von nicht weniger als fünf Standorten vorsieht. Darunter befindet sich auch das Spital Wattwil, wo kürzlich der Neubau des Bettentraktes eingeweiht wurde.

Die Ankündigung der Schliessung wird in den fünf betroffenen Spitälern zu grosser Verunsicherung über die zukünftige Entwicklung führen. Über 1'000 Angestellte müssten entweder ihre Arbeitsorte wechseln oder würden gar ihre Stelle verlieren. Einen solch verheerenden Kahlschlag darf sich der Kanton als Eigentümer der Spitäler niemals leisten. Kommt dazu, dass die vom gleichen Verwaltungsrat immer wieder befürwortete wohnortnahe Gesundheitsversorgung damit völlig zerschlagen würde.

Für die Gewerkschaft VPOD ist dieses Konzept völlig unhaltbar und unzumutbar. Man wird sich mit allen Mitteln dagegen wehren. Von der Regierung erwartet der VPOD, dass sie den Verwaltungsrat in Schranken weist und den Schliessungsgelüsten dieses Gremiums einen Riegel schiebt. Letztlich muss sie die politische Verantwortung für solche Konzepte übernehmen, denn es geht um das öffentliche Gesundheitswesen.

Enough! Für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung!

Seit 1981 ist gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit in der Verfassung, seit 1996 im Gesetz vorgeschrieben. Noch immer verdienen Frauen deutlich weniger als Männer. Das ist diskriminierend!

Doch das Parlament ziert sich und bremst die geplante Gesetzesrevision für Lohnkontrollen aus. Dreimal hat die Ständeratskommission die Vorlage beraten und sie immer mehr abgeschwächt, trotzdem hat das Plenum sie im März 2018 an die vorberatende Kommission zurückgeschickt. Das macht deutlich: die Bürgerlichen wollen nicht wirklich etwas tun, aber sie wollen das nicht offen zeigen, sondern reden wieder über «freiwillige Massnahmen». Die Frist für Freiwilligkeit ist definitiv vorbei. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist kein Geschenk an die Frauen, sondern ein Verfassungsauftrag! Deshalb braucht es insbesondere:

- Systematische und griffige Lohnkontrollen!
- Zwingende Anpassung diskriminierender Löhne!
- Sanktionen bei Verstössen!

Auch die Unterbewertung von sogenannten Frauenarbeiten - Pflege, Kinderbetreuung, persönliche Dienstleistungen, Reinigung - ist eine Form der Lohndiskriminierung, für die es keine Rechtfertigung gibt. Daher fordern wir die Aufwertung der Care-Arbeit und höhere Löhne für diese Arbeiten.



Foto Bettina Surber, 14. Juni 2018 in St.Gallen

Am 14. Juni war der Auftakt für die Forderungen an die nationalen Parlamente auch in St.Gallen. Bettina Surber, Gewerkschafterin und SP-Kantonsrätin forderte in ihrer Rede auf dem Bärenplatz endlich den Verfassungsauftrag von 1981 umzusetzen.

Rede von Bettina Surber

« Frauen und Männer sind vor dem Gesetz gleich, Frauen und Männer haben Anspruch auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit, Frauen und Männer haben das gleiche Recht auf politische Teilhabe. Soweit das Recht, soweit die Theorie. Und die Praxis?

Unlängst wurde die Finanzkommission des Kantonsrates von Mitgliedern des Verwaltungsrates der Spitalverbände über ein Grobkonzept zur Spitalstrategie informiert - Sie haben davon sicher gehört. Vorne im Saal sassen die Vertreter des Verwaltungsrates, begleitet von Mitarbeitern von Price-Waterhouse-Coopers, ca. 12 Personen. Alle in Anzug und Krawatte, alles Männer.

Gemäss der Lohnstrukturerhebung des

Bundesamtes für Statistik erzielt ein Mann in einer sogenannten Hilfsarbeiter-Tätigkeit, in einer Tätigkeit, die keine Ausbildung erfordert, einen Lohn von durchschnittlich CHF 5'500.00. Ich weiss nicht genau, wie diese Löhne erhoben werden - aber mich hat die Höhe überrascht, diese ist sicher nicht realistisch. Noch viel mehr zu denken gegeben hat mir aber ein anderer Wert: Der Lohn von Frauen in Funktionen ohne Berufsbildung beträgt rund CHF 4'500. also CHF 1000.00 weniger.

Was veranschaulichen diese beiden Beispiele:

Erstens, Entscheidungsgremien sind noch immer mehrheitlich oder vollständig in der Hand von Männern.

**Erstens:
Orte, wo
entschieden wird,
sind in
Männerhand.
Zweitens:
Frauen arbeiten
mehrheitlich in
Tieflohnbranchen.**

Zweitens, viele Frauen arbeiten in Tieflohnbranchen.

Aber Frauen verdienen nicht nur deshalb weniger, weil sie andere Arbeiten verrichten, als Männer. Sie verdienen auch dann weniger, wenn sie exakt die gleiche Arbeit erledigen, wie Männer. Aktuell beträgt der nicht erklärbare Lohnunterschied 7.4 % oder CHF 585.00 pro Monat.

Das Postulat: „Gleicher Lohn für



Demo 22. September 2018 in Bern

gleiche Arbeit“ ist noch immer nicht verwirklicht. Das ist nicht akzeptabel! Es genügt nicht, dass man diesen Umstand Jahr für Jahr bedauernd feststellt. Von diesem Bedauern können sich die betroffenen Frauen nichts kaufen.

Es braucht konkrete Massnahmen. Aber wenn solche vorgeschlagen werden, tun sich die Unternehmen und ihre Vertreter in Bern damit schwer - sehr schwer - sich in dieser Frage endlich zu bewegen. Selbst eine alle vier Jahre durchzuführende Lohnanalyse für Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern war dem Ständerat zunächst zu viel der Einmischung in die unternehmerische Freiheit.

Er wies eine entsprechende Vorlage an die vorberatende Kommission zurück. Erst in einem zweiten Anlauf und nach viel Protest konnte er sich schliesslich zu einem Ja durchringen. Wenn nicht einmal der Wille besteht, derart kleine Schritte kon-

sequent zu gehen, dann sind wir von der effektiven Lohngleichheit noch weit entfernt. Und mit diesem kleinen Schritt ist es noch lange nicht getan. Es braucht weitere Massnahmen!

Es könnte etwa eine Zertifizierung geschaffen werden für Betriebe, welche die Lohngleichheit einhalten. Diese könnte massgeblich sein für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Es braucht Gesamtarbeitsverträge, die einen existenzsichernden Mindestlohn vorschreiben, wenn ein sol-

cher nicht im Gesetz verankert wird. Es muss der unsäglichen Arbeit auf Abruf, die Menschen in die Armut treibt, der Kampf angesagt werden. Es muss die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter vorangetrieben werden mit der Schaffung von bezahlbaren Krippenplätzen und Tagesschulen. Und es braucht mehr Frauen in der Politik und in Leitungsgremien. Machen wir uns auf, kämpfen wir weiter. Wir sind noch lange nicht am Ziel, wir wollen gleichviel! Wir zeigen den Arbeitgebern die rote Karte, sie müssen endlich ihre Pflicht wahrnehmen.»

Am Abend wurden im Frauenpavillon im Stadtpark St. Gallen Filme zum Thema Lohngleichheit gezeigt und mit Bettina Surber, Gewerkschafterin und Kantonsrätin SP diskutiert. Die Diskussion wurde rege von den anwesenden rund 30 Frauen und

Männern genutzt. Es herrschte die einhellige Meinung, dass nun endlich der Verfassungsartikel umgesetzt werden muss und griffige Instrumente dafür gefordert sind.

Es genügt nicht, die Lohnungleichheit alle paar Jahre zu bedauern, es braucht konkrete Massnahmen und Kontrollen!

Kundgebung zur Lohngleichheit und gegen Diskriminierung

Am 22. September 2018
ab 13.30 Uhr in Bern!
Mit Marsch durch die
Altstadt und Kundgebung
auf dem Bundesplatz
Anreise in
Gratis-Extrazügen:
Rorschach ab ca. 10.35h -
St. Gallen - Gossau SG -
Flawil - Uzwil - Wil SG
Siehe auch Rückseite .

Delegiertenversammlung der VPOD Region Ostschweiz

Die Rechnung 2017 schliesst mit einem Gewinn von Fr. 6'488.80 ab. Den Einnahmen von Fr. 231'000.25 stehen Ausgaben von Fr. 224'540.45 gegenüber. Das Eigenkapital beläuft sich auf Fr. 75'988.02. Peter Osterwalder wurde im Vorstand mit grossem Dank verabschiedet. Neu wurde Marlis Dörig, aus dem Bereich „Gesundheit SG“ gewählt. Die Präsidentin, Susanne Koster, sowie Frido Lüthi, TG, Urs Städeli, AR, Paul Otto Lutz, AR, Monika Simmler, SG wurden wiedergewählt. Im Anschluss an die Delegiertenversammlung referierte Regionalsekretärin Maria Huber über die Bedeutung der Lohncharta im öffentlichen Bereich für die Kantone und Gemeinden.

März 2017
erscheint 4x jährlich
Redaktion:
Maria Huber

An dieser Ausgaben haben
mitgearbeitet:
Maria Huber
Monika Simmler
Mathias Graf

Gestaltung: www.allerart.ch
Druck: Typotron St.Gallen

vpod Sekretariat
Zwinglistrasse 3
9001 St.Gallen
Tel: 071 223 80 43
www.vpod-ostschweiz.ch

AZB 9000 St.Gallen

Enough! Für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung Es braucht Lohngleichheit – jetzt! Punkt, Schluss!

Am 22. September 2018 auf nach Bern!

Treffpunkt/ Zeitplan

Besammlung um 13.30 auf der Schützen-
matte, Bern. Der Treffpunkt des VPOD ist
auf der Seite der Strasse, etwa in der Mitte
des Platzes. Dort werden auch ein paar
Fahnen bereitstehen.

Nach einem Marsch durch die Stadt ist die
Abschlusskundgebung auf dem Bundes-
platz vorgesehen. Ende der Kundgebung ist
erfahrungsgemäss etwa um 16.00 Uhr.

Transporte:

Anreise mit Gratis-Extrazügen:
Rorschach ab ca. 10.35h - St. Gallen - Gossau
SG - Flawil - Uzwil – Wil SG - Winterthur -
Zürich HB - Baden - Aarau - Bern



Demo 22. September
2018 in Bern

Die starke Gewerkschaft im Service public
Birmensdorferstr. 67 | Postfach 8279 | 8036 Zürich
T 044-266 52 52 | vpod@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch

vpod ssp

Für die Thurgauer/innen: Zustieg in
St.Gallen, Wil SG oder St.Gallen
Die genauen Abfahrtszeiten werden
bekannt gegeben, sobald sie festste-
hen. Rückfahrt der Extrazüge ab ca. 17
Uhr. Die Züge können ohne Anmeldung
benutzt werden.

Die Infos werden laufend aktualisiert auf
der www.vpod.ch oder www.ostschweiz.vpod.ch
oder [www.facebook.com/VPOD-
Ostschweiz-123118508395745/](https://www.facebook.com/VPOD-Ostschweiz-123118508395745/)

«Wir wünschen unseren Mitgliedern
einen schönen Sommer. Das Sekretariat
bleibt durchgehend offen.»

Juli

4. Juli: Gruppe Soziales
11. Juli: Vorstand Region

August

15. August: Vorstand Region
27. August: Vorstand Gruppe Bildung

September

18. September: Vorstand Gruppe Bildung
19. September Delegiertenversammlung der Region
27. September Gruppe Gesundheit SG TG